Stand: 16.04.2024 23:48:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12525

"Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Gesetzentwurf 16/12525 vom 10.05.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 102 vom 23.05.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14777 des SO vom 15.11.2012
4. Beschluss des Plenums 16/14970 vom 29.11.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 113 vom 29.11.2012

Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Martin Güll, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Reinhold Perlak, Karin Pranghofer, Florian Ritter, Harald Schneider, Dr. Simone Strohmayr, Christa Naaß und Fraktion (SPD),**

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Theresa Schopper, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

A) Problem

Auf Grund des Bayerischen Blindengeldgesetzes (BayBlindG) vom 7. April 1995 (GVBl S. 150), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Juli 2011 (GVBl S. 311) erhalten blinde Menschen unter den in diesem Gesetz genannten Voraussetzungen zum Ausgleich der ihnen durch die Blindheit entstehenden Nachteile Blindengeld (Art. 1 Abs. 1 BayBlindG). Das Blindengeld beträgt 85 Prozent der Blindenhilfe nach § 72 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 in Verbindung mit § 72 Abs. 2 Satz 2 SGB XII. Das sind seit 1. Juli 2011 523 Euro monatlich.

Blind ist gemäß Art. 1 Abs. 2 BayBlindG, wem das Augenlicht vollständig fehlt. Als blind gelten auch Personen,

1. deren Sehschärfe auf dem besseren Auge nicht mehr als 1/50 beträgt,
2. bei denen durch Nummer 1 nicht erfasste Störungen des Sehvermögens von einem solchen Schweregrad bestehen, dass sie der Beeinträchtigung der Sehschärfe nach Nummer 1 gleichzuhalten sind.

Bisher wird im Bayerischen Blindengeldgesetz die besondere Situation taubblinder Menschen nicht berücksichtigt. Hochgradig sehbehinderte Menschen sowie hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen zugleich Taubheit vorliegt, erhalten derzeit keine Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz. Diese Personengruppen haben aber aufgrund ihrer Sehschädigung bzw. infolge ihrer zusätzlichen Taubheit oder an Taubheit grenzenden Schwerhörigkeit einen außerordentlich großen Hilfebedarf durch Assistenzbedarf zur Kommunikation und zur Bewältigung des Alltags. Der dauerhafte Hilfebedarf dieser Personengruppen führt zu einer erheblichen, vor allem auch finanziellen Belastung der betroffenen Menschen. Durch eine Ausgleichsleistung kann deren selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft wesentlich gefördert werden. Dies zeigen die positiven Erfahrungen, die mit dem Blindengeld für blinde Menschen gemacht wurden.

Die Situation in anderen Bundesländern

Landesblindengeldgesetze bestehen in allen Bundesländern. Die spezielle Situation taubblinder Menschen wird in Berlin und in Schleswig-Holstein durch ein erhöhtes Blindengeld berücksichtigt: In Berlin erhalten blinde Menschen gemäß § 2 Abs. 1 Landespflegegeldgesetz ein Blindengeld in der Höhe von 80 v.H. des Betrags nach § 72 Abs. 2 SGB XII (derzeit monatlich 492 Euro). Blinde Menschen, bei denen gleichzeitig Gehörlosigkeit vorliegt,

erhalten in Berlin ein Pflegegeld von 1.189 Euro. In Schleswig-Holstein erhalten blinde Menschen gemäß § 1 Abs. 3 des dortigen Landesblindengeldgesetzes ein Blindengeld von 200 Euro und taubblinde Menschen ein Blindengeld von 400 Euro monatlich.

Hochgradig sehbehinderte Menschen erhalten in Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ein betragsmäßig gegenüber dem Blindengeld für blinde Menschen vermindertes Blindengeld: So erhalten hochgradig sehbehinderte Menschen nach § 2 Abs. 2 des Berliner Landespflegegeldgesetzes 20 v.H. der Blindenhilfe nach § 72 Abs. 2 SGB XII (derzeit monatlich 123 Euro) und hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen zugleich Gehörlosigkeit vorliegt, 40 v.H. dieses Betrags (derzeit 246 Euro). Gemäß § 2 Abs. 3 des hessischen Landesblindengeldgesetzes erhalten wesentlich sehbehinderte Menschen 30 v.H. des Betrags nach § 72 Abs. 2 SGB XII. In Mecklenburg-Vorpommern erhalten hochgradig sehbehinderte Menschen nach § 1 Abs. 4 des Landesblindengeldgesetzes ein Blindengeld in Höhe von 25 v.H. des Blindengeldes für blinde Personen (546,10 Euro). In Nordrhein-Westfalen haben hochgradig sehbehinderte Personen nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose einen Anspruch auf monatlich 77 Euro. In Sachsen beträgt dieser Anspruch nach § 2 Abs. 1 des Landesblindengeldgesetzes 52 Euro pro Monat und in Sachsen-Anhalt nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt monatlich 41 Euro.

In Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt erhalten auch gehörlose Menschen ein gegenüber dem Blindengeld niedrigeres Gehörlosengeld. In den Ländern Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt können die Leistungen für blinde und gehörlose Menschen nebeneinander bezogen werden. Dadurch wird die besondere Situation von taubblinden bzw. hochgradig sehbehinderten Menschen mit zusätzlicher Gehörlosigkeit berücksichtigt.

Auch im Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) wird die besondere Situation taubblinder und hochgradig sehbehinderter Menschen berücksichtigt. Nach § 1 BVG erhält auf Antrag Versorgung, wer durch eine militärische oder militärähnliche Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des militärischen oder militärähnlichen Dienstes oder durch die diesem Dienst eigentümlichen Verhältnisse eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat. Nach § 35 BVG in Verbindung mit B 13 der versorgungsmedizinischen Grundsätze haben hochgradig sehbehinderte Personen einen Anspruch auf monatlich 275 Euro, blinde Personen auf 668 Euro und blinde Personen mit völligem Hörverlust auf 1.370 Euro.

B) Lösung

Es soll für blinde Menschen im Sinne des BayBlindG mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit – unabhängig davon, in welchem Alter die Schwerhörigkeit eingetreten ist – ein Blindengeld in doppelter Höhe gewährt werden. Für hochgradig sehbehinderte Menschen soll ein Blindengeld in Höhe von 30 v.H. des an blinde Menschen gewährten Blindengeldes gewährt werden. Für hochgradig sehbehinderte Menschen mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit soll – unabhängig davon, in welchem Alter die Schwerhörigkeit eingetreten ist – ein Blindengeld in doppelter Höhe des verminderten Blindengeldes an hochgradig sehbehinderte Menschen gezahlt werden.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten**1. Für den Staat**

In Bayern erhielten Ende 2010 15.341 Personen Blindengeld. Dafür mussten ca. 80 Mio. Euro aufgewendet werden. Nach den Daten des „Zentrum Bayern für Familie und Soziales“ leben derzeit in Bayern rund 100 taubblinde und 6.100 hochgradig sehbehinderte Personen nach der in Art. 1 Abs. 4 dieses Gesetzentwurfs vorgeschlagenen Definition. Hinzu kommen 75 hochgradig sehbehinderte Personen, die gleichzeitig taub sind. Ohne Berücksichtigung der Kürzung bei Heimunterbringung oder Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung nach Art. 4 des Bayerischen Blindengeldgesetzes ergibt sich folgender zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf:

Für taubblinde Menschen: $100 \times 523 \times 12 = 627.600$ Euro

Für hochgradig sehbehinderte Menschen:
 $6.100 \times 156,90 \times 12 = 11.485.080$ Euro

Für hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubheit:
 $75 \times 313,80 \times 12 = 282.420$ Euro

Der finanzielle Mehrbedarf beläuft sich somit insgesamt auf jährlich 12.395.100 Euro. Die Gesamtaufwendungen für das Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz würden sich auf rund 92,4 Mio. Euro pro Jahr belaufen.

2. Kosten für die Kommunen und Konnexität

Keine

3. Kosten für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger

Keine

Gesetzentwurf

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

§ 1

Art. 1 und 2 des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Bay-BlindG) vom 7. April 1995 (GVBl S. 150, BayRS 2170-6-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2011 (GVBl S. 311), erhalten folgende Fassung:

„Art. 1 Anspruch

(1) Blinde, taubblinde, hochgradig sehbehinderte und hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubheit erhalten auf Antrag, soweit sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Bayern haben oder soweit die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl L 166 S. 1, ber. ABl L 200 S. 1, 2007 ABl L 204 S. 30) in der jeweils geltenden Fassung dies vorsieht, zum Ausgleich der durch diese Behinderungen bedingten Mehraufwendungen ein monatliches Blindengeld.

(2) ¹Blind ist, wem das Augenlicht vollständig fehlt. ²Als blind gelten auch Personen,

1. deren Sehschärfe auf dem besseren Auge nicht mehr als 1/50 beträgt,
2. bei denen durch Nr. 1 nicht erfasste Störungen des Sehvermögens von einem solchen Schweregrad bestehen, dass sie der Beeinträchtigung der Sehschärfe nach Nummer 1 gleichzuhalten sind.

³Vorübergehende Sehstörungen sind nicht zu berücksichtigen. ⁴Als vorübergehend gilt ein Zeitraum bis zu sechs Monaten.

(3) Taubblind ist ein blinder Mensch im Sinne von Abs. 2 mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit unabhängig davon, in welchem Alter die Hörschädigungen eingetreten sind.

(4) ¹Hochgradig sehbehindert im Sinne dieses Gesetzes sind Personen,

1. die von Abs. 2 nicht erfasst sind und deren Sehschärfe auf dem besseren Auge nicht mehr als 1/20 beträgt,
2. bei denen krankhafte Veränderungen des Sehvermögens entsprechend einem Schweregrad nach Nr. 1 vorliegen.

²Vorübergehende Sehstörungen sind nicht zu berücksichtigen. ³Als vorübergehend gilt ein Zeitraum bis zu sechs Monaten.

(5) Hochgradig sehbehinderte Menschen mit Hörschädigung sind hochgradig sehbehinderte Menschen im Sinne von Abs. 4 mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit unabhängig davon, in welchem Alter die Hörschädigung eingetreten ist.

Art. 2 Höhe der Leistung

(1) ¹Das Blindengeld wird monatlich in Höhe von 85 v.H. des in § 72 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 in Verbindung mit § 72 Abs. 2 Satz 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch genannten Betrags gezahlt; ein nicht auf volle Euro errechneter Betrag ist von 0,50 € an aufzurunden und im Übrigen abzurunden. ²Das erhöhte Blindengeld für taubblinde Menschen im Sinn von Art. 1 Abs. 3 beträgt das Doppelte des Blindengeldes nach Satz 1. ³Das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen im Sinne von Art. 1 Abs. 4 beträgt 30 v. H. des Blindengeldes nach Satz 1. ⁴Das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen mit Hörverlust im Sinne von Art. 1 Abs. 5 beträgt 60 v.H. des Blindengeldes nach Satz 1.

(2) ¹Berechtigte nach diesem Gesetz, die sich in einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung befinden, erhalten die Hälfte des Betrags nach Abs. 1, wenn

1. die Kosten des Aufenthalts ganz oder teilweise aus Mitteln öffentlich-rechtlicher Leistungsträger getragen werden oder
2. sie Mittel einer privaten Pflegeversicherung im Sinne des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) in Anspruch nehmen.

²Die Regelung nach Satz 1 gilt vom ersten Tag des übernächsten Monats an, der auf den Eintritt in die Einrichtung folgt, für jeden vollen Kalendermonat des Aufenthalts.

(3) ¹Für jeden vollen Tag vorübergehender Abwesenheit von der Einrichtung wird Blindengeld in Höhe von je 1/30 des Betrags nach Abs. 1 gewährt, wenn die vorübergehende Abwesenheit länger als sechs volle zusammenhängende Tage dauert. ²Der Betrag nach Abs. 2 wird im gleichen Verhältnis gekürzt.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. September 2012 in Kraft.

Begründung:**A) Allgemeines**

Bisher werden im Bayerischen Blindengeldgesetz nur blinde Menschen berücksichtigt. Der Personenkreis der Berechtigten soll um taubblinde und hochgradig sehbehinderte Menschen sowie hochgradig sehbehinderte Personen mit gleichzeitiger Taubheit erweitert werden. Der Hilfebedarf dieser Personengruppen zu einer selbstbestimmten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft macht eine erhöhte Ausgleichsleistung notwendig. In den Gesetzen einiger anderer Länder sowie im Bundesversorgungsgesetz werden diese Personengruppen auch berücksichtigt (vgl. oben).

Bei der Beurteilung der entstehenden Kosten ist zu beachten, dass die Zahl der Blindengeldempfänger seit Jahren rückläufig ist. Der Höchststand war im Jahr 1992 mit 18.437 Empfängerinnen und Empfängern erreicht. Diese Zahl sank im Jahr 2000 auf 17.441 und auf 15.341 am 31. Dezember 2010. Die Ursache für diesen Rückgang dürfte in den beachtlichen Fortschritten der Augenmedizin liegen. So kann heute bei Glaukom und bei altersbedingter Makuladegeneration häufig ein gutes Sehvermögen erhalten werden. Diese Tendenz dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen, was zu einem Einspareffekt für den Haushalt des Freistaats Bayern führen wird. Ein Rückgang der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Blindengeld um 100 führt unter Berücksichtigung möglicher Kürzungen aufgrund häuslicher Pflegeleistungen oder Heimaufenthalt zu einer Einsparung von rund 500.000 € pro Jahr.

Das Blindengeld wurde in Bayern am 1. April 2004 im Rahmen der Haushaltsspargesetze des Freistaats um 15% gekürzt, was mit einer Einsparung von 15 Millionen € jährlich verbunden war. Angesichts der erreichten Haushaltskonsolidierung und der in Zukunft zu erwartenden weiteren Abnahme der Bezieherinnen und Bezieher von Blindengeld ist es vertretbar, einen Teil dieser Ersparnisse zur Beseitigung von Versorgungslücken bei Menschen mit Taubblindheit, hochgradiger Sehbehinderung sowie bei hochgradig sehbehinderten Menschen mit gleichzeitiger Taubheit zu verwenden.

B) Im Einzelnen**Zu § 1:****Taubblindheit**

In Art. 1 Abs. 3 wird Taubblindheit definiert. Eine befriedigende Definition dieser Behinderung bestand bisher nicht. Nach dem Berliner Landespflegegeldgesetz erhalten blinde Menschen, bei denen gleichzeitig Gehörlosigkeit vorliegt, ein erhöhtes Blindengeld. Voraussetzung ist somit, dass Blindheit und Gehörlosigkeit im Sinne des Landespflegegeldgesetzes vorliegt. Gehörlose sind demnach „Personen mit angeborener oder bis zum siebenten Lebensjahr erworbener Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit. Personen, die erst später die Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit erworben haben, gelten nur dann als Gehörlose (...), wenn der Grad der Behinderung wegen schwerer Sprachstörungen mehr als 90 vom Hundert beträgt.“

In Schleswig-Holstein erhalten gemäß § 1 Abs. 3 Satz 2 Landesblindengeldgesetz taubblinde Personen ein erhöhtes Blindengeld. Während Blindheit in § 1 Abs. 4 des schleswig-holsteinischen Landesblindengeldgesetzes entsprechend den übereinstimmenden Definitionen in sämtlichen Landesblindengeldgesetzen sowie in § 72 Abs. 5 SGB XII (Blindenhilfe) definiert ist, fehlt eine Bestimmung des Begriffs „Taubblindheit“. Neben Blindheit muss offensichtlich Gehörlosigkeit gegeben sein. Für das Vorliegen von

„Gehörlosigkeit“ werden deshalb die „Versorgungsmedizinischen Grundsätze“, die als Anlage zu § 2 der Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) vom 10. Dezember 2008 (BGBl I. S. 2412) erlassen worden sind, herangezogen. In den „Versorgungsmedizinischen Grundsätzen“ wird zum Grad der Schädigung in Teil B Nr. 5.1 festgestellt: „Angeborene oder in der Kindheit erworbene Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit mit Sprachstörungen angeboren oder bis zum 7. Lebensjahr erworben (schwere Störung des Spracherwerbs, in der Regel lebenslang 100).“ In Teil D, in dem die Voraussetzungen für die Merkzeichen im Schwerbehindertenausweis behandelt werden, heißt es in Nr. 4 (Merkzeichen Gl): „Gehörlos sind nicht nur Hörbehinderte, bei denen Taubheit beiderseits vorliegt, sondern auch Hörbehinderte mit einer an Taubheit grenzenden Schwerhörigkeit beiderseits, wenn daneben schwere Sprachstörungen (schwer verständliche Lautsprache, geringer Sprachschatz) vorliegen. Das sind in der Regel Hörbehinderte, bei denen die an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit angeboren oder in der Kindheit erworben ist.“

Diese Definitionen werden dem Hilfebedarf taubblinder Menschen nicht gerecht. Taubblindheit ist eine Behinderung eigener Art und nicht nur eine Summe von Blindheit und Gehörlosigkeit. Der Situation taubblinder Menschen wird man deshalb nicht gerecht, wenn man den Personenkreis auf behinderte Menschen einschränkt, bei denen Blindheit im Sinne von Abs. 2 plus Gehörlosigkeit, wie sie dem Merkzeichen „Gl“ im Schwerbehindertenausweis zugrunde liegt, addiert. Der erhebliche Bedarf an Assistenzleistungen oder des Einsatzes von Hilfsmitteln zur Kommunikation, zur Befriedigung des Informationsbedürfnisses, zur Mobilität und zur Bewältigung des Alltags besteht unabhängig davon, in welchem Lebensalter die Gehörlosigkeit oder an Gehörlosigkeit grenzende Schwerhörigkeit eingetreten ist. Dem trägt die in Art. 1 Abs. 3 vorgeschlagene Definition Rechnung.

Der Hilfebedarf taubblinder Menschen wird in einem „Fachgutachten zu den speziellen Bedarfen taubblinder Menschen im Hinblick auf die Teilhabe an der Gesellschaft“ vom November 2010 eindrucksvoll dargestellt. Dieses Fachgutachten wurde vom „Gemeinsamen Fachausschuss hörsehbehindert/taubblind (GFTB)“, der beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband besteht, erstellt. Da bei Taubblindheit sowohl das Sehvermögen als auch das Hörvermögen vollständig oder nahezu vollständig fehlt, kann gemäß diesem Gutachten das Fehlen dieser Sinne auch nicht teilweise durch den anderen Fernsinn ausgeglichen werden. Blinde Menschen, die den Hörverlust erst nach Vollendung des siebten Lebensjahres oder gar erst im Erwachsenenalter erlitten haben, können sich zwar in der Regel lautsprachlich äußern. Aber auch diese Personen sind in den Bereichen Kommunikation, Information, Mobilität und alltägliche Lebensführung auf zahlreiche Assistenzleistungen oder spezielle Hilfsmittel angewiesen (vgl. dazu Fachgutachten S. 10 ff., insbesondere Nr. 2.3 mit Unterpunkten).

Trotz des Vermögens, sich lautsprachlich zu äußern, ist ihnen eine sprachliche Kommunikation mit Gesprächspartnern, die sich ihnen gegenüber in einer ihnen zugänglichen Form, z.B. durch taktile Gebärdensprache, Lormen oder andere Tastalphabete, nicht verständlich machen können, ohne Dolmetscher nicht möglich (vgl. dazu auch Fachgutachten 2.3.1.). Informationsquellen wie Printmedien, Internet, Rundfunk und Fernsehen sind für taubblinde Menschen zunächst unzugänglich. Auch zur Information benötigen taubblinde Menschen Dolmetscher oder, soweit sie, was sehr selten der Fall ist, in der Lage sind, das Internet zu nutzen, spezielle Hilfsmittel (vgl. dazu Fachgutachten 2.3.2.). Besonders eingeschränkt und damit auf Hilfe angewiesen sind taubblinde Menschen im Bereich Mobilität. Taubblinde Menschen können sich – von ganz wenigen Menschen abgesehen – nicht selbstständig außer Haus bewegen. Das selbstständige Bewegen im Straßenver-

kehr ist schon für viele blinde Menschen eine große Herausforderung. Für Taubblinde ist selbst das Überqueren kleiner Straßen ohne Begleitung unmöglich. Assistenzpersonen, die taubblinde Menschen begleiten, müssen nicht nur sicher in Führtechniken für blinde Menschen sein, sondern auch unterwegs mit den Betroffenen kommunizieren und Gesprächsinhalte und zusätzliche Informationen bedarfsgerecht und in einer von dem jeweiligen taubblinden Menschen wahrnehmbaren Form vermitteln können (vgl. Fachgutachten 2.3.3.). Taubblinde Menschen haben auch zur Bewältigung des Alltags im häuslichen Bereich großen Assistenzbedarf, denn sie können Hilfsmittel z.B. mit Sprachausgabe nicht nutzen (vgl. Fachgutachten 2.3.4.).

Hochgradige Sehbehinderung

Beim Vorliegen einer Sehbehinderung werden verschiedene Schweregrade unterschieden und zwar die wesentliche und die hochgradige Sehbehinderung. Wesentlich sehbehindert sind Menschen, die eine Sehkraft zwischen 30 Prozent und 5 Prozent haben (§ 1 der Verordnung zu § 60 SGB XII). Art. 1 Abs. 4 dieses Gesetzentwurfs bezieht sich nicht allerdings nicht auf „wesentlich sehbehinderte“ Menschen, sondern auf „hochgradige Sehbehinderung“. Die hochgradige Sehbehinderung wird in den Blindengeldgesetzen der Länder Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt übereinstimmend definiert. Die in diesen Gesetzen enthaltenden Definitionen entsprechen derjenigen in Teil A Nr. 6 Buchstabe d der versorgungsmedizinischen Grundsätze. Hochgradig in seiner Sehfähigkeit behindert ist danach „ein Mensch, dessen Sehschärfe auf keinem Auge und auch nicht beidäugig mehr als 0,05 (1/20) beträgt oder wenn andere hinsichtlich des Schweregrades gleichzusetzende Störungen der Sehfunktion vorliegen. Dies ist der Fall, wenn die Einschränkung des Sehvermögens einen GdS von 100 bedingt und noch keine Blindheit vorliegt.“ Die in Art. 1 Abs. 4 dieses Gesetzentwurfs enthaltene Definition stimmt damit überein.

Die Einschränkung der Blindengeldleistung auf hochgradig sehbehinderte Menschen ist deshalb gerechtfertigt, weil eine wesentliche Sehbehinderung anders als eine hochgradige Sehbehinderung weitgehend durch optische Hilfsmittel ausgeglichen werden kann und deshalb der Hilfebedarf wesentlich geringer ist als bei einer hochgradigen Sehbehinderung.

Durch ein „abgestuftes Blindengeld“ sollen hochgradig sehbehinderten Menschen jene Nachteile ausgeglichen werden, die aufgrund ihrer Sehbehinderung entstehen. Dadurch soll ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert werden. Eine pauschalierte Leistung ist zweckmäßig, weil mit ihr dem sich aus der unterschiedlichen Auswirkung der hochgradigen Sehbehinderung ergebenden sehr differenzierten Hilfebedarf am besten entsprochen werden kann.

Die hochgradige Sehbehinderung kann, bedingt durch die verschiedenen ihr zugrunde liegenden Krankheitsbilder, sehr vielfältige Ausprägungen haben. Manche Menschen können ihren Sehrest nur bei extremem Licht ausnutzen, andere sind dagegen extrem empfindlich gegen Licht. Einige sind auf grelle Kontrastfarben angewiesen, andere wiederum können keine Farben, sondern nur Helligkeitsunterscheide wahrnehmen. Manche Menschen haben zwar noch eine relativ große Sehkraft, wobei aber das Gesichtsfeld, also der Ausschnitt ihres Bildes so schmal ist, dass sie nur wenige Zentimeter breit sehen können und ihre ganze Umgebung sozusagen „abscannen“ müssen. Manche ermüden sehr schnell beim Sehen, und wieder andere brauchen für jede Beleuchtung andere Brillen oder Sehhilfen. Im Gegensatz zur Blindheit ist zudem bei vielen hochgradig sehbehinderten Menschen deren Sehbeeinträchtigung kein gleichbleibender Zustand, an den man

sich gewöhnen kann. Viele Augenerkrankungen wie die Retinitis Pigmentosa und das Glaukom sind progressiv. Hochgradig sehbehinderte Menschen müssen sich in diesem Fall andauernd an veränderte Bedingungen und Umstände anpassen.

Daraus ergibt sich, dass hochgradig sehbehinderte Menschen in vielen Situationen auf die Hilfe von Assistenzkräften sowie technische und optische Hilfsmittel angewiesen sind. Wo das eigene verbliebene Sehvermögen trotz aller Hilfsmittel unzureichend ist, sind auch hochgradig sehbehinderte Menschen auf die Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen. Diese Hilfe, sei es zu Kommunikation, zur Befriedigung von Informationsbedürfnissen, zur Mobilität in fremder Umgebung oder zur hauswirtschaftlichen Versorgung, bringt einen erheblichen finanziellen Mehraufwand mit sich.

Die Kommunikation kann auch für hochgradig sehbehinderte Menschen erschwert sein. Das ist der Fall, wenn z.B. Schriftstücke oder bildliche Darstellungen Gegenstände der Kommunikation sind und diese nicht ausreichend wahrgenommen werden können. In solchen Fällen ist Hilfe durch Assistenz erforderlich. Zur Befriedigung von Informationsbedürfnissen müssen geeignete Sehhilfen und Hilfsmittel, die Schrift oder Bilder vergrößert wiedergeben, eingesetzt werden. Es muss für eine bestmögliche Beleuchtung gesorgt werden. Wenn dies nicht reicht, muss auch hier auf Assistenz zurückgegriffen werden.

Im Bereich der Mobilität ist in fremder Umgebung Hilfe durch Begleitpersonen nötig, wenn die optische Orientierung, z.B. wegen des herrschenden Tageslichts, nicht möglich ist. Weil das Fahren eines Kraftfahrzeuges nicht in Frage kommt, müssen, soweit öffentliche Verkehrsmittel nicht zur Verfügung stehen, Taxis benutzt oder Beförderung durch fremde Personen in Anspruch genommen werden.

Hochgradige Sehbehinderung mit gleichzeitiger Taubheit

In Art. 1 Abs. 5 dieses Gesetzentwurfs wird hochgradige Sehbehinderung bei gleichzeitiger Taubheit definiert. Ähnlich wie bei der Taubblindheit gibt es eine befriedigende Begriffsbestimmung derzeit nicht. Hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Gehörlosigkeit werden bisher nur im Landespflegegeldgesetz für Berlin berücksichtigt. Nach § 2 Abs. 2 Satz 2 dieses Gesetzes erhalten hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen gleichzeitig Gehörlosigkeit vorliegt, den doppelten Betrag des hochgradig sehbehinderten Menschen gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 gewährten Betrages. Hochgradige Sehbehinderung ist in § 1 Abs. 3, Gehörlosigkeit in § 1 Abs. 4 Landespflegegeldgesetz für Berlin definiert. Gehörlosigkeit wird somit nur berücksichtigt bei Personen mit angeborener oder bis zum siebenten Lebensjahr erworbener Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit bzw. bei Personen, die erst später die Taubheit oder an Taubheit grenzende Schwerhörigkeit erworben haben, wenn der Grad der Behinderung wegen schwerer Sprachstörungen mehr als 90 v.H. beträgt.

Diese Definitionen werden dem Hilfebedarf hochgradig sehbehinderter Menschen mit gleichzeitiger Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit nicht gerecht. Hochgradige Sehbehinderung mit gleichzeitiger Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit ist ebenso wie Taubblindheit eine Behinderung eigener Art und nicht nur die Summe von hochgradiger Sehbehinderung und Gehörlosigkeit. Der Situation dieses Personenkreises wird man deshalb nicht gerecht, wenn man ihn auf behinderte Menschen einschränkt, bei denen hochgradige Sehbehinderung plus Gehörlosigkeit, wie sie dem Merkzeichen „Gl“ im Schwerbehindertenausweis zugrunde liegt, addiert. Der erhebliche Bedarf an Assistenzleistungen oder des Einsatzes von Hilfsmitteln zur Kommunikation, zur Befriedigung von Informationsbedürfnis-

sen, zur Mobilität und zur Bewältigung des Alltags besteht unabhängig davon, in welchem Lebensalter die Gehörlosigkeit oder die an Gehörlosigkeit grenzende Schwerhörigkeit eingetreten ist. Dem trägt die in Artikel 1 Abs. 5 dieses Gesetzentwurfs vorgeschlagene Definition Rechnung.

Zu § 2:

Erhöhtes Blindengeld bei Taubblindheit

Der große Hilfebedarf taubblinder Menschen ergibt sich neben dem Bedarf an angepassten oder speziellen Hilfsmitteln vor allem aus dem umfangreichen Assistenzbedarf. Im zitierten Fachgutachten werden unter 5.3.3. wöchentlich fünf Stunden Dolmetschleistung und unter 5.3.4. wöchentlich 20 Stunden qualifizierte Assistenzleistung für erforderlich gehalten. Der monatliche Assistenzbedarf beliefe sich demnach auf rund 100 Stunden, der dafür erforderliche finanzielle Aufwand selbst bei einer Vergütung von nur € 10 pro Stunde auf 1.000 € pro Monat.

Abgestuftes Blindengeld bei hochgradiger Sehbehinderung

Wie bereits dargestellt, besteht auch bei hochgradiger Sehbehinderung ein erheblicher Hilfebedarf. Wegen des noch vorhandenen, wenn auch geringen Sehvermögens, ist der Hilfebedarf geringer als bei blinden Personen. Ein abgestuftes Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Personen wird gegenwärtig in den Ländern Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt in sehr unterschiedlicher Höhe geleistet. Es bewegt sich zwischen 41 € in Sachsen und 158,66 € in Hessen.

Wie die bisher nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz gewährten Leistungen sollte auch das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen dynamisiert sein. Angemessen erscheint ein abgestuftes Blindengeld in Höhe von 30 Prozent des Blindengeldes gemäß Art. 2 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Blindengeldgesetz. Das entspricht der Regelung in § 2 Abs. 3 des Blindengeldgesetzes von Hessen. Nach dem gegenwärtigen Stand wären das 156,90 € monatlich.

Abgestuftes Blindengeld bei hochgradiger Sehbehinderung und gleichzeitiger Taubheit

Infolge des gegenüber hochgradig sehbehinderten Menschen ohne Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit erhöhten Hilfebedarfs ist für hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubheit oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit ein abgestuftes Blindengeld in doppelter Höhe wie das abgestufte Blindengeld für hochgradig sehbehinderte Menschen erforderlich. Das sind nach gegenwärtigem Stand 313,80 € monatlich.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Christa Steiger

Abg. Renate Ackermann

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Brigitte Meyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 b auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und

Fraktion (SPD),

**Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)**

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 16/12525)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Erste Rednerin ist Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wie in allen anderen Bundesländern besteht auch in Bayern ein Blindengeldgesetz. Aufgrund dieses Bayerischen Blindengeldgesetzes erhalten blinde Menschen zum Ausgleich der ihnen entstehenden Nachteile ein Blindengeld. Das Blindengeld beträgt 85 % der Blindenhilfe nach dem SGB XII.

Nach der Definition des Bayerischen Blindengeldgesetzes ist blind, wem das Augenlicht vollständig fehlt oder dessen Sehschärfe auf dem besseren Auge nicht mehr als ein Fünfzigstel beträgt oder wenn Störungen des Sehvermögens von Schweregraden bestehen, die mit einem Fünfzigstel gleichzusetzen sind.

So weit, so gut, möchte man meinen. Aber es ist leider eben nicht "so weit, so gut". Denn in Bayern leben derzeit 100 taubblinde Menschen, 6.100 hochgradig sehbehinderte Menschen und 75 hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubheit oder hochgradiger Schwerhörigkeit.

Diese 6.275 Menschen erhalten kein Blindengeld. Das wollen wir mit unserem Gesetzentwurf ändern. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bedeutet eben auch, behinderten Menschen eine uneingeschränkte Teilhabe am gesamtgesellschaft-

lichen Leben zu ermöglichen. Das ist Inklusion. In Bayern haben wir nun über 6.000 Menschen, die keine Möglichkeit zur gesamtgesellschaftlichen Teilhabe haben. Damit besteht eine Lücke im Gesetz; denn wir haben hier eine Exklusion.

Die besondere Situation von taubblinden Menschen ist im Bayerischen Blindengeldgesetz nicht berücksichtigt. Ebenso erhalten hochgradig sehbehinderte Menschen und hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen gleichzeitig eine Gehörlosigkeit vorliegt, keine Leistungen nach dem Blindengeldgesetz.

Diese Personengruppen haben aufgrund ihrer Sehschädigung bzw. aufgrund der zusätzlichen Gehörlosigkeit oder ihrer hochgradigen Schwerhörigkeit einen außerordentlich großen Hilfebedarf und einen außerordentlich großen Assistenzbedarf zur Kommunikation auf der einen Seite und zur Bewältigung des ganz schlichten alltäglichen Lebens auf der anderen Seite.

Vielleicht kennen Sie die Geschichte der taubblinden Helen Keller. Ansonsten empfehle ich Ihnen, deren Geschichte nachzulesen. Taubblinde Menschen können nur durch Lormen kommunizieren. Diese Kommunikation entsteht durch das in die Hand hineingetippte Alphabet. Ohne einen qualifizierten, geübten Begleiter könnte ein taubblinder Mensch oder ein fast taubblinder Mensch seine vier Wände nicht verlassen. Menschen mit solch ganz massiven Handicaps benötigen oft sehr teure Hilfsmittel und Hilfe durch qualifizierte Assistenz, um ihren Alltag einigermaßen bewältigen zu können, um vor die Türe gehen zu können, um am Straßenverkehr teilnehmen zu können oder auch nur, um kommunizieren zu können, damit sie nicht vereinsamen. Dieser dauerhafte Hilfebedarf bedeutet erhebliche finanzielle Belastungen, die durch die Leistungen der GKV, der Eingliederungshilfe, der Grundsicherung und viele andere Dinge leider nicht aufgefangen werden können.

Es geht hier nicht um Bevorzugung, sondern um einen Ausgleich. Durch die Aufnahme dieses Personenkreises in das Bayerische Blindengeldgesetz kann die selbstbes-

timtete Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben wesentlich gefördert werden. Das zeigen die positiven Erfahrungen, die mit dem Blindengeld gemacht worden sind.

Schauen Sie sich einmal die Blindengeldgesetze der anderen Bundesländer an. Da erkennt man durchaus Möglichkeiten zur Hilfe. Im Rahmen unseres Föderalismus haben zwar alle Bundesländer eigene Regelungen, aber in den meisten Bundesländern gibt es für die Gruppe der taubblinden Menschen, der schwerst gehörgeschädigten Menschen verbunden mit Blindheit oder hochgradiger Sehbehinderung, gesetzliche Regelungen. Und das wollen wir in Bayern auch.

Deshalb schlagen SPD und GRÜNE mit ihrem gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf, der mithilfe des Bayerischen Blindenbundes erarbeitet worden ist, eine entsprechende Lösung für Bayern vor. Damit sollten wir uns ernsthaft auseinandersetzen.

Diese Lösung sieht in unseren Augen folgendermaßen aus: Blinden Menschen im Sinne des Bayerischen Blindengeldgesetzes mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit, und zwar unabhängig davon, in welchem Alter die Schwerhörigkeit eingetreten ist, soll ein Blindengeld in doppelter Höhe gewährt werden. Wir müssen davon ausgehen - und das zeigen auch die Daten und entsprechenden Prognosen -, dass wir es zunehmend mit Menschen zu tun haben, die schwer sehbehindert und gleichzeitig schwerhörig, die also blind und taub sind. Dem müssen wir gerecht werden.

Für hochgradig sehbehinderte Menschen soll ein Blindengeld in Höhe von 30 % des an blinde Menschen bezahlten Blindengeldes gewährt werden, und für hochgradig sehbehinderte Menschen mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit soll, ebenfalls unabhängig davon, in welchem Alter die Schwerhörigkeit eingetreten ist, ein Blindengeld in doppelter Höhe des verminderten Blindengeldes an hochgradig sehbehinderte Menschen gezahlt werden. Das klingt vielleicht kompliziert, ist es aber überhaupt nicht.

Wir können und müssen das in den entsprechenden Ausschüssen vertieft diskutieren. Ich hoffe sehr, dass wir dann zu einer einstimmigen Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf kommen. Das ist zu wünschen und auch zu hoffen im Sinne der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die, wie ich schon erwähnte, den Schwerpunkt eindeutig auf die gesamtgesellschaftliche Teilhabe, die Inklusion, legt.

Jetzt grenzen wir leider noch Menschen aus, die in den Anspruch des Blindengeldes kommen müssen, es aber nicht tun und deshalb in weiten Bereichen nicht am gesamtgesellschaftlichen Leben partizipieren können. Das müssen wir ändern.

Ich bitte um Zustimmung des gesamten Hohen Hauses, um dieses Problem anzugehen und zu lösen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Ackermann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute Morgen hat Frau Landtagspräsidentin Stamm bei einer Feierstunde zugunsten schwerstkranker Kinder gesagt: Was Menschen brauchen, das müssen wir in den Mittelpunkt stellen. Sie hat auch gesagt - sinngemäß, ich habe die Worte nicht aufgeschrieben -: Es kann nicht nur um Haushaltskonsolidierung gehen, sondern Menschlichkeit muss auch noch möglich sein. - Korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt.

Gestern wurde die Ausstellung des Blindenbundes eröffnet. Dabei hat Herr Vizepräsident Bocklet geäußert, "dass für blinde Menschen alles getan werden muss, was die Inklusion und die Teilhabe fördert."

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich finde, dass beide recht haben, dass sie genau das ausgedrückt haben, was für die blinden Menschen in unserer Gesellschaft notwendig ist.

Wir haben, weil wir genau dieser Meinung sind, noch bevor dies gesagt wurde, unseren Gesetzentwurf eingebracht. Er ist auf Vorschlag des Blinden- und Sehbehindertenbundes zustande gekommen. Es kann also nicht die Rede davon sein, dass er allein der Feder von SPD und GRÜNEN entsprungen ist, Frau Meyer; sondern er ist in Einigkeit mit den blinden Menschen entstanden und setzt sich für ihre Rechte, für die Rechte von taubblinden und von schwerst sehbehinderten Menschen, ein. Das ist der Sinn dieses Gesetzentwurfes, und ich bin gespannt, mit welchen Argumenten Sie sich jetzt wieder aus der Affäre ziehen wollen und diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

Dieser Gesetzentwurf zeigt eine ungeheure Solidarität des Blindenbundes mit den anderen Gruppen von sehbehinderten und taubblinden Menschen. Denn wie wir uns erinnern, hat der Stoibersche Sparwahn 2004 dem Blindenbund 15 % des Blindengeldes gestrichen. Es wäre also nicht mehr als recht und billig, dieses Blindengeld jetzt, wo der Haushalt konsolidiert ist, wo ungeheuerere Steuereinnahmen eingehen, wieder zu erhöhen. Der Blindenbund hat gesagt: Nein, wir begnügen uns damit. Aber wir möchten, dass das Blindengeld für taubblinde Menschen entsprechend erhöht wird, damit sie eine Teilhabe haben, damit Inklusion verwirklicht werden kann. Das ist das Anliegen dieses Gesetzentwurfs. Das ist noch nicht einmal die Verwirklichung der Inklusion, nein, das ist nur die ganz einfache Umsetzung von Menschenrechten, zu der Sie sich alle verpflichtet haben.

Wenn die taubblinden und die schwerst sehbehinderten und hörbehinderten Menschen diese Hilfe nicht erhalten, dann besteht die Gefahr, dass sie in Isolation und Armut abrutschen. Es droht ihnen auch die Einweisung in ein Heim. Meine Damen und Herren, das wird dann durchaus nicht billiger für die Gesellschaft, aber es ist unmenschlicher. Ob wir das wollen, können wir uns heute überlegen, wenn wir über diesen Gesetzentwurf abstimmen.

Meine Damen und Herren, wir hören sehr viele Sonntagsreden. Ich habe mir sagen lassen, dass Kollege Seidenath erst am vergangenen Samstag gesagt hat, er wäre

durchaus dafür, für taubblinde Menschen das Blindengeld aufzustocken. Na gut, das war wieder einmal eine - in dem Fall - Samstagsrede. Aber, meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Wenn Sie das nur in Samstags- und Sonntagsreden äußern, dann können Sie sie einstampfen. Denn damit zeigen Sie nur, dass Sie nicht gewillt sind, das in den Mittelpunkt zu stellen, was Menschen brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich sechs Teilnehmer der Special Olympics auf der Tribüne begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Sie kommen aus dem Landkreis Main-Spessart, von den Mainfränkischen Werkstätten. Unsere Landtagspräsidentin hat sie gerade empfangen und sie nehmen nun an der Sitzung des Bayerischen Landtags teil. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt, viel Erfolg bei den Olympics und dann wieder eine gute Heimreise. Alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächster hat Kollege Joachim Unterländer für die CSU-Fraktion das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Lieber Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Teilnehmer und Wettkämpfer der Special Olympics! Die CSU-Landtagsfraktion bekennt sich mit Nachdruck zum bayerischen Blindengeld als Bestandteil eines Nachteilsausgleiches für Menschen, die in unserer Gesellschaft unter erschwerten Bedingungen leben müssen. Die CSU sieht im Blindengeld einen wirksamen Ausgleich für Belastungen der blinden Menschen, einen echten Nachteilsausgleich. Das bayerische Blindengeld hat auch eine feste historische Tradition, die sich aus der Nachkriegszeit ergibt. Deswegen sollte man, wenn ich an die Diskussionen vor zehn Jahren denke, den Bestand und die Grundfesten des Blindengeldes immer würdigen und schützen.

Der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund, der in seiner ganzen Mitgliederstruktur natürlich nicht nur blinde, sondern eben auch sehbehinderte Menschen vertritt, hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es gerade bei taubblinden und schwerst sehbehinderten Menschen zu erheblichen Belastungen kommt, die nicht in gleicher Weise berücksichtigt werden, wie das bei vollständiger Erblindung der Fall ist.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Situation taubblinder Menschen richten. Ihre Beeinträchtigung und Sinnesbehinderung ist eine der schwersten Belastungen, mit denen sich Menschen auseinandersetzen müssen. Wenn sowohl das Sehen als auch das Hören beeinträchtigt oder überhaupt nicht vorhanden sind und nur mit dem von Frau Kollegin Steiger schon angesprochenen Lormen, also mit dem Buchstabieren in die Handflächen hinein, überhaupt eine Kommunikationsmöglichkeit besteht, muss die Situation dieser Menschen besonders sorgfältig und aufmerksam verbessert werden. Das muss unsere Aufgabe sein.

Mein Respekt gilt den Menschen, die diese Taubblinden begleiten und unterstützen, und auch denjenigen, die blinde und sehbehinderte Menschen immer wieder unermüdlich beraten. Dafür bedanken wir uns seitens der CSU-Landtagsfraktion nachdrücklich.

(Allgemeiner Beifall)

Der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund ist schon seit einiger Zeit mit diesen Überlegungen unterwegs. Wir wissen das und führen auch seitens der CSU-Landtagsfraktion einen Dialog, um hier ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wie das bayerische Blindengeld weiterentwickelt werden kann - dann hoffentlich in freudiger Kooperation in der Koalition. Ich denke, dass es notwendig ist, auch zu beachten, was für Beeinträchtigungen schwerst behinderte Menschen haben. Nur darüber zu sprechen und es nicht zu erleben, ist schwierig. Deswegen unterstützen wir entsprechende Überlegungen einer Fortschreibung.

Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes, das ich angesprochen habe, ist es natürlich auch notwendig zu sehen, welche Rechtslage gegenwärtig besteht und welche aktuelle Haushaltssituation wir beim bayerischen Blindengeld haben. Das kann entsprechend weiterentwickelt werden. Wir müssen im Gesamtkontext auch die Situation anderer sinnesbehinderter Menschen sehen, zum Beispiel der Gehörlosen. Gehörlose Menschen leiden, was Integrationsnachholbedarf anbelangt, genauso unter der Situation wie Blinde und Sehbehinderte.

Schließlich ist es notwendig, im Kontext der Inklusion der UN-Behindertenrechtskonvention ein Gesamtkonzept zu entwickeln. Wir arbeiten daran. Wir freuen uns auf konstruktive Beratungen über die Gesetzentwürfe und über darüber hinausgehende Überlegungen. Es lohnt sich immer, über Belange von Menschen mit Behinderungen miteinander zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Unterländer. Als Nächster hat Herr Professor Dr. Peter Bauer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute mit folgendem Zitat beginnen:

Das bayerische Blindengeld ist hier ein wichtiger Beitrag, ihre Teilhabechancen in unserer Gesellschaft zu verbessern - ganz im Sinne des Inklusionsgedankens der UN-Behindertenrechtskonvention. Bayern steht zu seinen blinden Menschen.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, lautet die Pressemitteilung der Frau Staatsministerin Haderthauer vom 30. Juni 2011. Damals kündigte die Sozialministerin vollmundig eine Erhöhung des Blindengeldes zum 1. Juli 2011 an. Wie viele Euro sind es denn tatsächlich geworden? Sie können sich das überlegen. Ich sage es Ihnen: Es sind 5 € pro Monat geworden.

Das Blindengeld ist kein Almosen, meine Damen und Herren, sondern es ist der besonderen Situation dieser Menschen geschuldet und soll einen angemessenen Ausgleich für die durch die Behinderung entstehenden finanziellen Mehrkosten schaffen. Bedenken Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert ganz klar das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Dazu gehört unmissverständlich auch ein finanzieller Ausgleich.

Im Jahr 2010 erhielten in Bayern 15.341 Personen Blindengeld, und der Haushaltsansatz betrug 80 Millionen Euro. Das Blindengeld ist - das hat Frau Steiger schon ausgeführt - eine reine Leistung des Freistaates. Von diesem Geld werden die Pflegeleistungen durch dritte Personen sowie Anschaffungen behindertengerechter Hilfsmittel, beispielsweise eines Punktschriftnotizblocks, bezahlt. Weiterhin zählen die Kosten für Haushaltshilfen, für Vorlesen und Begleitung dazu.

Das festzustellen ist wichtig, und das ist gut so; denn einer außergewöhnlichen Situation wird heute eben nicht Rechnung getragen, wie es im Gesetzentwurf der GRÜNEN und der SPD steht, nämlich der besonderen Situation von taubblinden Menschen.

Wir FREIEN WÄHLER sind der Ansicht, dass deshalb eine Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes notwendig ist. Taubblinde haben einen außerordentlich großen Hilfsbedarf, beispielsweise für eine zusätzliche qualifizierte Kommunikation und bei der Bewältigung der Alltagsarbeiten. Diese Erfordernisse müssen zu einem finanziell deutlich höheren Beitrag durch den Freistaat Bayern führen.

Demnach kann ich nur sagen: Lassen Sie uns dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und dafür auch in Bayern eine Regelung finden, dass blinden Menschen im Sinne des Bayerischen Blindengesetzes mit vollständigem Hörverlust oder an Taubheit grenzender Schwerhörigkeit - das ist schon öfter gesagt worden - unabhängig vom Alter, in dem die Taubheit eintritt, Blindengeld in doppelter Höhe gewährt wird.

Wir reden hier von einem überschaubaren Haushaltsansatz. Dafür werden ungefähr 12,4 Millionen Euro benötigt. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Zahl der Blinden in

den letzten Jahren gesunken ist. Der medizinische Fortschritt wird dazu führen, dass diese Zahl noch weiter zurückgehen wird.

Die von der Regierung Stoiber 2004 verhängte Haushaltssperre und die pauschale Kürzung um 15 % haben dem Freistaat Bayern insgesamt Einsparungen in Höhe von 15 Millionen Euro gebracht. Durch einen Federstrich wurden diese Gelder weggekürzt und eingespart. Nicht zuletzt deshalb fordern wir auch eine Änderung dieses Gesetzes, die längst überfällig ist.

Es geht hier, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, um ein besonderes Beispiel sozialer Gerechtigkeit. Deshalb werden wir den vorliegenden Gesetzentwurf eingehend prüfen. Dennoch kann ich Ihnen heute schon versichern: Wir stützen ihn politisch voll. Die FREIEN WÄHLER stehen hinter diesem Gesetzentwurf.

Außerhalb der Tagesordnung darf ich Sie einladen, sich die Ausstellung "Sehen" an der Westpforte des Landtags anzusehen. Es lohnt sich, sich hier mit dem Blindsein auseinanderzusetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste erhält Frau Kollegin Brigitte Meyer für die FDP das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Taubblindheit ist für mich mit die schlimmste Beeinträchtigung, die einem Menschen auferlegt sein kann. Sie ist eine eigene Art der Behinderung, welche nicht einfach nur einer Addition von Taubheit und Blindheit entspricht. Da beide Feinsinne geschädigt sind, können die Ausfälle des einen Sinnes nicht oder nur mangelhaft durch den jeweils anderen Sinn kompensiert werden.

Zentrale Probleme der betroffenen Menschen sind zum einen Mobilität und räumliche Orientierung, zum anderen die Kommunikation, die mithilfe einer Vielzahl unterschiedlicher Kommunikationssysteme ermöglicht werden müssen. Ich denke, wir sind uns alle

einig, dass Taubblindheit ein unvorstellbar schweres Schicksal darstellt. Schon der Verlust einer Fähigkeit bedeutet massive Einschränkungen. Aber der Verlust beider Fähigkeiten erscheint fast unerträglich.

In Bayern leben, wie wir gehört haben, derzeit rund hundert taubblinde Menschen und meistern täglich ihr schweres Schicksal. Bisher wird die besondere Situation dieser Menschen im Bayerischen Blindengeldgesetz nicht berücksichtigt. Denn taubblinde Menschen erhalten zum einen nur dann Blindengeld, wenn sie per Definition wirklich blind sind, und zum anderen erhalten sie denselben Satz wie Blinde ohne Gehörlosigkeit.

Taubblinde Menschen haben einen außerordentlich großen Hilfebedarf durch Assistenzkräfte - es wurde schon gesagt - zur Unterstützung der Kommunikation oder zur Bewältigung des Alltags. Dies führt bei den Betroffenen oft zu einer großen finanziellen Belastung. Deshalb ist das Blindengeld eine wichtige Einrichtung, die, Herr Professor Bauer, in ihrer Form überhaupt nicht zur Disposition steht.

Bei den Liberalen stößt Ihr Vorstoß, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, die Leistungen für taubblinde Menschen auf den doppelten Satz anzuheben, um deren besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, grundsätzlich auf offene Ohren. Solches würde auch nach unserer Auffassung eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention massiv fördern. Frau Kollegin Steiger, auch Sie haben hierauf hingewiesen.

Jetzt komme ich zum Wichtigsten. Gerade vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention bedingt eine selbstbestimmte Teilhabe am Leben eine umfassende Betrachtungsweise. Was die Landtagspräsidentin heute Morgen gesagt hat, ist richtig. Sie hat darauf hingewiesen: Was Menschen brauchen, muss in den Mittelpunkt gestellt werden. Aber wir haben unterschiedliche Behinderungen. Es gibt zum Beispiel die Gruppe der hörgeschädigten Menschen, für die man vielleicht auch einmal über ein Gehörlosengeld nachdenken sollte.

Wir erkennen, dass gerade sowohl in den fraktionsübergreifenden Diskussionsrunden zum Bildungsbereich als auch in den Arbeitsgruppen zum Aktionsplan hierüber nachgedacht wird. Aktuell ist die Teilhabe gehörloser Kinder in der Regelschule nur mithilfe der Gebärdensprache und von Dolmetschern möglich.

Wir vertreten die Meinung, dass wir die Diskussionen in den Ausschüssen ernsthaft führen müssen. Sie sollten bitte nicht von vornherein sagen, wir wollten die Diskussionen nicht ernsthaft betreiben. Wir meinen es mindestens genauso ernst wie die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Wir werden die entwickelten Gedanken in die Betrachtung einbeziehen müssen. Wir müssen die Dinge umfassend betrachten. Entscheidungen müssen schnell getroffen werden; denn die Realität zeigt uns, dass die Politik jetzt schnell Antworten geben muss.

Es ist gut und wichtig, dass die Diskussion angestoßen wurde. Den Gesetzentwurf haben die SPD und die GRÜNEN eingebracht. Die damit verbundenen Absichten der beiden Fraktionen sind wohl völlig identisch. Der Entwurf beruht auf einer Initiative des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes. Der Entwurf ist eine wichtige Basis für die Diskussion in den Ausschüssen.

Wir werden uns genauso ernsthaft wie Sie mit dem Entwurf auseinandersetzen. Dabei müssen wir auch den Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen sowie mit dem Aktionsplan sehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/12525

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Christa Steiger**
Mitberichterstatler: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 85. Sitzung am 11. Oktober 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 190. Sitzung am 13. November 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 15. November 2012 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Martin Güll, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Reinhold Perlak, Karin Pranghofer, Florian Ritter, Harald Schneider, Dr. Simone Strohmayer, Christa Naaß und Fraktion (SPD),

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Theresa Schopper, Renate Ackermann, Thomas Gehring, Maria Scharfenberg, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/12525, 16/14777

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Christa Steiger

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Renate Ackermann

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Claudia Stamm

Abg. Hans Joachim Werner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und

Fraktion (SPD),

**Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)**

Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes (Drs. 16/12525)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von sieben Minuten pro Fraktion vereinbart. Als erste Rednerin spricht Frau Kollegin Christa Steiger von der SPD. Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Bayern erhalten rund 15.340 Menschen Blindengeld. In Bayern leben derzeit auch 100 taubblinde Menschen, 6.100 hochgradig Sehbehinderte und 75 hochgradig sehbehinderte Menschen, die zugleich taub oder hochgradig schwerhörig sind.

Im Bayerischen Blindengeldgesetz wird die besondere Situation taubblinder Menschen nicht berücksichtigt. Hochgradig sehbehinderte Menschen und hochgradig sehbehinderte Menschen, bei denen zugleich Taubheit vorliegt, erhalten in Bayern im Gegensatz zu Menschen dieser Personengruppe in anderen Bundesländern kein Blindengeld.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das muss man ändern!)

Frau Faltl, Vorsitzende des Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbundes, hat im Ausschuss bei der Beratung unseres Gesetzentwurfes sehr beeindruckend geschildert, was hochgradige Sehbehinderung bedeutet. Unseren Gesetzentwurf befürwortet auch Frau Badura, die Behindertenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, in ihrer Stellungnahme mit einer sehr guten Begründung. Unser Gesetzentwurf ist in

einer engen Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund entstanden. Wir haben uns für diesen Gesetzentwurf kundig gemacht und uns Zeit gelassen, um zu prüfen, was möglich und was machbar ist. Das Ergebnis ist dieser Gesetzentwurf. Er sieht Folgendes vor: Taubblinde Menschen erhalten ein Blindengeld in doppelter Höhe, für hochgradig sehbehinderte Menschen gibt es ein Blindengeld in Höhe von 30 % des Blindengeldes und für hochgradig sehbehinderte Menschen mit gleichzeitiger Taubheit oder hochgradiger Schwerhörigkeit soll ein Blindengeld in Höhe von 60 % des Blindengeldes gezahlt werden.

Kolleginnen und Kollegen, es geht dabei um 12,39 Millionen Euro. Derzeit werden an Blindengeld rund 80 Millionen Euro gezahlt. Ich sage das deshalb so deutlich, weil die mit dem Gesetzentwurf verbundenen Mehrausgaben von 12,4 Millionen Euro weniger sind als die unrühmliche Kürzung des Blindengeldes im Jahr 2004 in Höhe von 15 Millionen Euro. Das Blindengeld wurde damals radikal gekürzt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben das damals zu verantworten gehabt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört! Hört!)

Bayern war mit seinen Leistungen für blinde Menschen einmal vorbildlich. Andere Bundesländer haben die Notwendigkeit längst erkannt, dass Taubblinde und schwerst sehbehinderte Menschen ebenfalls einen Nachteilsausgleich erhalten müssen, um am gesamtgesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, und haben entsprechend gehandelt. Ich verweise auf die UN-Behindertenrechtskonvention und die Umsetzung der Inklusion.

Herr Unterländer, ich wende mich speziell an Sie. Ich möchte Ihre Ausführungen im sozialpolitischen Ausschuss, mit denen Sie unseren Gesetzentwurf abgelehnt haben, hier thematisieren. Sie stellten fest, dass das bayerische Blindengeld eine unverzichtbare Leistung sei; die CSU räume eine Bestandsgarantie ein. So sagten Sie ausweislich des Protokolls. Im Jahr 2004 war das wohl ein bisschen anders. Sie sagten im Ausschuss außerdem, der finanzielle Mehrbedarf von rund 12 Millionen Euro nach un-

serem Gesetzentwurf sei in der momentanen Situation nicht darstellbar. Das, Herr Kollege Unterländer, ärgert mich über die Maßen. Ich könnte polemisch sagen, dass 10 Milliarden Euro zur Rettung der Landesbank sehr schnell darstellbar waren. Ich bin aber nicht polemisch.

(Zurufe von der CSU)

- Wenn Sie die Ironie nicht verstehen, dann tut es mir leid. Da ging es um Banken; hier geht es aber um Menschen, die mit einem Blindengeld einen Nachteilsausgleich erhalten sollen, um ihr Leben gestalten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Herr Unterländer, Sie haben im Ausschuss einiges angekündigt. Die 627.000 Euro, die für das doppelte Blindengeld für Taubblinde zur Verfügung stehen müssten, sind nach Ihrer Lesart darstellbar, die 11 Millionen Euro aber nicht.

Es gelten dennoch die Inklusion und das Recht zur selbstbestimmten Teilhabe. Das kann nicht nach Kassenlage gehen. Entweder nehmen wir das ernst oder nicht. Frau Meyer hat im Ausschuss tiefstes Verständnis für das Anliegen unseres Gesetzentwurfs gezeigt. Frau Meyer, bei allem Respekt, tiefstes Verständnis allein genügt diesen Menschen in ihrer Situation keineswegs.

Herr Unterländer hat am 11. Oktober im sozialpolitischen Ausschuss einen Gesetzentwurf für ein erhöhtes Blindengeld für taubblinde Menschen angekündigt. Frau Staatsministerin Haderthauer hat am 24. Oktober im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, dass zunächst eine Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes erforderlich sei. Dieser Gesetzentwurf liegt bis heute nicht vor. Ab nächstem Jahr soll das erhöhte Blindengeld gezahlt werden. Sie wollen wie wir mit unserem Gesetzentwurf ein Blindengeld für taubblinde Menschen in doppelter Höhe einführen. Sie stellen zwar einen Haushaltsantrag, schaffen aber entgegen der Ankündigung keine gesetzliche Grundlage dafür.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie spalten und grenzen schwerst sehbehinderte Menschen und schwerst sehbehinderte Menschen, die gleichzeitig taub sind, aus. Wir machen mit unserem Gesetzentwurf deutlich, dass wir zumindest ein abgestuftes Blindengeld für diese Menschen brauchen. Sie lassen sie außen vor und grenzen sie aus. Sie kündigen an – wieder eine Ankündigung -, dass die Einführung eines Blindengeldes für diesen Personenkreis vielleicht im Jahr 2014 zu prüfen sei. Herr Unterländer, das ist inkonsequent und keine durchgängige Sozialpolitik. Sie halten Sonntagsreden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Sie haben eine Chance: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf heute zu. Dann haben wir für diese Personengruppe etwas in Richtung Inklusion und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention getan.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Joachim Unterländer von der Christlich-Sozialen Union das Wort. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CSU-Landtagsfraktion und auch die FDP-Fraktion – für sie wird Frau Kollegin Meyer das noch darstellen – haben sich dafür ausgesprochen, die Situation von Taubblinden und schwerst sehbehinderten Menschen im Rahmen eines Vier-Stufen-Modells anzugehen. In diesem Zusammenhang ist es uns besonders wichtig festzustellen, dass das bayerische Blindengeld, das in Haushaltsberatungen immer wieder einmal zwar nicht zur Disposition gestanden, aber zu Kürzungsdiskussionen

(Christa Steiger (SPD): Bei Ihnen!)

geführt hat, eine Bestandsgarantie hat. Die CSU-Fraktion will ausdrücklich, dass blinden Menschen das bayerische Blindengeld auch in Zukunft gewährt wird.

(Beifall bei der CSU - Christa Steiger (SPD): Wer hat es denn gekürzt? - Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat es gekürzt?)

Darüber hinaus ist es notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die besondere Belastung taubblinder Menschen ins Visier nehmen. Wenn zwei Sinnesorgane nicht zur Verfügung stehen, bedeutet dies für die Betroffenen eine besondere Benachteiligung. Deswegen wollen wir schnellstmöglich ein Taubblindengeld einführen. Die CSU- und die FDP-Fraktion haben dazu einen Antrag im Haushaltsausschuss gestellt. Die Mittel dafür sind in den Doppelhaushalt eingestellt worden. In diesem Zusammenhang wird auch ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, Frau Kollegin Steiger. Dessen können Sie sich sicher sein.

(Christa Steiger (SPD): Wann denn? Am 24. Dezember? - Volkmar Halbleib (SPD): Können Sie eine Prognose geben?)

Wir werden ihn sicherlich gut und schnell miteinander beraten können. Das Taubblindengeld soll in doppelter Höhe des Blindengeldes gezahlt werden.

Der dritte Punkt des Vier-Stufen-Konzeptes sieht vor, anlässlich des Nachtragshaushaltes zum Doppelhaushalt 2013/2014 zu prüfen, wie der Einstieg in ein Schwerstsehbehindertengeld geschaffen werden kann.

Der vierte Punkt ist mir besonders wichtig. Darüber müssen wir inhaltlich sprechen. Sie kennen die Eckpunkte zur Reform der Eingliederungshilfe auf Bundesebene. Wir meinen, dass auch zu prüfen ist, wie dauerhaft sichergestellt werden kann, dass Blinde und schwerst sehbehinderte Menschen im System der Eingliederungshilfe besser berücksichtigt werden. In der nächsten Legislaturperiode – der Freistaat Bayern muss sich entsprechend aufstellen – wird es ein Bundesleistungsgesetz geben, das – ich sage das ausdrücklich – nicht nur zur Entlastung der Kommunen führen wird. Das ist

zwar ein wichtiger Punkt, aber auch die Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention werden Berücksichtigung finden. Dieser Aspekt muss einbezogen und berücksichtigt werden.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang abschließend noch eine Feststellung: Die Diskussion 2003 war zugegebenermaßen schwierig, aber wir liegen mit dem bayerischen Blindengeld auf einer Ebene, die sich sehen lassen kann. Wir werden vernünftig darüber diskutieren. Aus unserer Sicht ist dieses Vier-Stufen-Modell der schlüssige Weg. Er berücksichtigt, dass es nicht möglich ist, aus der Hüfte heraus 12 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Es ist verantwortbar, nachhaltig, und wir werden die Belange der schwerst sehbehinderten Menschen entsprechend in der weiteren Diskussion berücksichtigen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das könnten Sie schon heute berücksichtigen!)

Auf diese Art und Weise scheint das aus unserer Sicht am besten sichergestellt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Unterländer. – Ich bitte um Nachsicht bei der Fraktion der GRÜNEN. Wir haben vergessen, die Vertreterin der GRÜNEN als mit antragstellende Fraktion aufzurufen. Frau Kollegin Ackermann, Sie haben nun das Wort. Bitte schön.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachsichtig, wie die GRÜNEN-Fraktion nun einmal ist, sehen wir großzügig darüber hinweg.

Unser Anliegen ist es, das Blindengeldgesetz so auszustatten, dass alle Gruppen, die originär in dieses Blindengeldgesetz hineingehören, auch davon erfasst werden. Dazu gehören nicht nur blinde Menschen, sondern auch hochgradig sehbehinderte Menschen, deren Sehgrad auf 3 % Prozent festgesetzt ist, und da – das kann ich Ihnen sagen – sieht man so gut wie nichts. Diese hochgradig sehbehinderten Menschen brauchen eben auch Hilfen, genauso wie die blinden Menschen; und diese Hilfen kos-

ten Geld. Genau dazu bräuchten sie das Blindengeld. Ebenso gehören die taubblinden Menschen dazu, die vom Schicksal noch wesentlich mehr getroffen sind, weil sie weder die Fähigkeit haben zu sehen noch zu hören.

Der Vorstoß zu dieser Erweiterung des Blindengeldgesetzes kam vom Blinden- und Sehbehindertenbund. Er hat alle Fraktionen eingeladen und ihnen sein Anliegen vorgetragen. Allein bei CSU und FDP hat er kein Gehör gefunden. Deshalb haben SPD und GRÜNE gemeinsam diesen Gesetzentwurf eingebracht, weil wir der Meinung sind, es ist jetzt endlich an der Zeit, diese Menschen einzubeziehen und ihnen auch eine Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es wären zusätzliche Kosten von 12,4 Millionen Euro – Herr Kollege Unterländer, das haben Sie gerade ausgeführt – auf den Staatssäckel zugekommen. Das ist richtig. Man muss aber auch sehen, dass durch die Stoiber-Kürzung des Blindengeldes von 2004 um 15 % eine jährliche Einsparung von 15 Millionen Euro erzielt wurde. 15 Millionen Euro! Die Aufstockung, in der alle Bevölkerungsgruppen inbegriffen gewesen wären, die eine Unterstützung für ihre mangelnde oder fehlende Sehfähigkeit brauchen, hätte nur 12,4 % betragen. Das heißt, wir wären immer noch unter dem Satz von 2004 geblieben. Also wenn Sie so argumentieren, Herr Unterländer, dass es eine Aufstockung bedeute, dann muss ich Ihnen widersprechen. Nein, gegenüber 2004 handelt es sich sogar um eine Einsparung, und es handelt sich sogar um noch mehr Einsparungen; denn Sie haben nicht berücksichtigt, dass die Anzahl der Antragsberechtigten massiv sinkt. Es ist dem medizinischen Fortschritt zu verdanken, dass mehr Menschen mit Sehbehinderungen geheilt werden können und nicht blind werden müssen.

Ich nenne Ihnen die Zahlen: Während wir 1992 noch rund 18.000 blinde Menschen hatten, waren es im Jahr 2000 nur noch 17.000, und 2010 waren es gar nur noch 15.000. Das bedeutet eine Einsparung allein durch die sinkenden Fallzahlen von

19,4 Millionen Euro. Es schient Sie nicht besonders zu interessieren, Herr Unterländer; denn Sie sind in wichtigen Gesprächen, aber es handelt sich hierbei um blinde Menschen. Sie haben eben mit dem Geld argumentiert, und ich sage Ihnen, dass 19,4 Millionen Euro durch die sinkenden Fallzahlen eingespart werden und 2,5 Millionen dadurch, dass nicht einmal der Satz von 2004 erreicht ist. Das ergibt über 20 Millionen Euro, die wir eingespart haben. Dem stehen 12 Millionen Euro gegenüber. Wir hätten alle Gruppen einbezogen, und dem verweigern Sie sich. Das ist völlig unverständlich und überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben sich jetzt dazu entschlossen, die Taubblinden für 2013 zu berücksichtigen – Welch eine Großtat! Was ist dann aber mit den taubblinden Menschen 2014? Na ja, da ist die Wahl vorbei, da werden wir dann mal weitersehen. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, das jetzt in den Doppelhaushalt einzustellen. Sie haben es nicht getan, und die hochgradig sehbehinderten Menschen haben Sie völlig durch die Maschen fallen lassen. Die haben Sie überhaupt nicht berücksichtigt. Ich frage mich schon, inwiefern dieses Vorgehen mit der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen in Einklang zu bringen ist. Darin wird festgeschrieben, dass die Menschen mit Behinderung einen Nachteilsausgleich bekommen sollen und ihnen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden soll.

Wie ist die Teilhabe eines hochgradig sehbehinderten Menschen gesichert, der keine Hilfsmittel bewilligt bekommt, um zum Beispiel Lese- oder Orientierungshilfen zu erwerben? Wo ist hier die Umsetzung der UN-Konvention mitgedacht – und das in die Zukunft, für die nächsten zwei Jahre? Da sind Sie bereits damit fertig. Diesen Menschen wird keine Hilfe zur Teilhabe gegeben, und ich finde das äußerst schäbig, insbesondere dann, wenn man sieht, dass es sich im Vergleich zum Gesamthaushalt um einen lächerlich kleinen Betrag handelt, der aber für die betroffenen Menschen ein Riesenfortschritt gewesen wäre.

Sie sind hier Ihrer Verantwortung, sich für die Bedürftigen, die Schwächeren in der Gesellschaft einzusetzen, als Sozialpolitiker und Sozialpolitikerinnen der Koalition nicht gerecht geworden. Es tut mir leid für Sie. Dafür werden Sie sich vor den Wählern und insbesondere vor den Betroffenen verantworten müssen. Wir halten diesen Gesetzentwurf für richtig und hoffen, dass Sie sich vielleicht wenigstens beim nächsten Doppelhaushalt eines Besseren besinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Professor Dr. Peter Bauer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will Sie nicht wieder mit dem Aufzählen von Sachverhalten und den richtigen Zahlen langweilen; denn wir haben alle nur eine begrenzte Lebenszeit zur Verfügung. Deswegen spare ich mir hier weitere Ausführungen.

Aber ganz wichtig ist, dass wir dieses Thema auch in Anwesenheit der Frau Staatsministerin immer wieder diskutieren. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind. Sie standen ja dem Plenum einige Zeit nicht zur Verfügung. Deshalb noch einmal herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie uns zuhören!

Zum Stichtag 31. Mai 2012 gab es insgesamt 114 Menschen, die von Taubblindheit betroffen sind. Die Hilfe für diese Menschen ist jetzt eine gewisse Verbesserung, die wir begrüßen. Aber es ist viel zu wenig; denn im Sinne eines Nachteilsausgleiches ist das Blindengeld eine wichtige soziale Leistung des Freistaates. Es soll der besonderen Situation von blinden Menschen Rechnung tragen und einen Ausgleich für den durch die Behinderung entstehenden finanziellen Mehraufwand darstellen. Dieses Geld wird zum Beispiel für zusätzliche Hilfsmittel wie Lesehilfen und so weiter benötigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sollten sich noch einmal ganz klar vor Augen führen: Die UN-Menschenrechtskonvention formuliert ganz klar und deutlich das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe am Leben. Diese Forderung der Menschenrechtskonvention hat die Bundesrepublik Deutschland rechtsverbindlich unterschrieben. Danach haben wir zu handeln. Danach haben wir unsere Gesetze im Bayerischen Landtag auszurichten. Deswegen haben die Fraktionen grundsätzlich – Herr Unterländer hat es bestätigt – die Notwendigkeit erkannt. Mir fehlt einfach die Handlung. Frau Ackermann hat noch einmal dargestellt, dass der Ausgleich zur Fehlentscheidung aus dem Jahr 2003 fehlt. Das haben wir bei Weitem noch nicht erreicht. Die Taubblinden haben einen außerordentlich großen Hilfsbedarf, beispielsweise durch Assistenz. Die FREIEN WÄHLER erkennen – das kann ich nur noch einmal betonen – die eingestellten 630.000 Euro im aktuellen Haushaltsentwurf schon an. Wenn Sie dies jedoch mit den benötigten Beträgen und den früheren Zahlen vergleichen, sehen Sie, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Damit wird den Taubblinden nicht sehr geholfen.

Deswegen formulieren wir an dieser Stelle: Dieser Haushaltsentwurf ist viel zu niedrig angesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass der Haushaltsansatz erhöht wird. Die FREIEN WÄHLER fordern schon heute eine deutliche Erhöhung. Aber es scheint sich etwas zu bewegen. Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar. Das geschah allerdings wieder auf Druck der Opposition und aufgrund der hervorragenden Zusammenarbeit in der Opposition.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das wollte ich an dieser Stelle auch einmal betonen.

Sie haben große Ankündigungen für das Jahr 2013 in die Öffentlichkeit posaunt. Das ist vorhin schon zitiert worden. Setzen Sie Ihre Ankündigungen so rasch wie möglich um. Verabschieden Sie kein Vier-Punkte-Programm, das sich bis zum nächsten Jahr hinzieht. Sie haben sehr wagemutig angekündigt: In der nächsten Legislaturperiode des Bundestages werden wir ein Bundesleistungsgesetz verabschieden. Für diesen

Mut bewundere ich Sie schon sehr. Sie sollten jedoch an der Tagespolitik arbeiten. In diesem Zusammenhang ist die Umsetzung des Taubblindengeldes für Bayern wichtig. Da sollten wir vorangehen.

Die FREIEN WÄHLER begrüßen deshalb den Änderungsantrag von der SPD und den GRÜNEN und stehen voll dahinter. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Ich bitte Sie noch einmal, dem Antrag heute zuzustimmen und kein Vier-Punkte-Programm oder ein Stufenprogramm anzukündigen, dessen letzte Stufe gar nicht mehr zünden kann, weil es andere Zusammensetzungen im Parlament gibt. Das möchte ich zu bedenken geben. Zünden Sie schon jetzt die vierte Stufe, machen Sie Nägel mit Köpfen, geben Sie den Taubblinden das, was ihnen zusteht, helfen Sie den besonders bedürftigen Menschen, geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck, tragen Sie weiterhin Verantwortung für ein soziales Bayern, und stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich im Ehrengastbereich der Besuchertribüne den griechischen Innenminister Herrn Dr. Evaripides Stylianidis.

(Allgemeiner Beifall)

Er hält sich in München zu Gesprächen mit Frau Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Frau Staatsministerin Christine Haderthauer und Herrn Staatsminister Joachim Herrmann auf. Ich persönlich hatte schon vor einigen Monaten die Gelegenheit, mit Herrn Minister Dr. Evaripides Stylianidis im Landtag zu sprechen. Begleitet wird unser Ehrengast von der griechischen Generalkonsulin in München, Frau Sofia Grammata. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen Aufenthalt im Maximilianeum.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt hat Frau Brigitte Meyer von der FDP das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der uns heute in Zweiter Lesung vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes übermittelt weitgehend ein Anliegen des Bayerischen Blindenbundes. Als Vertreter der Menschen, die von hochgradiger Sehbehinderung, von Blindheit oder von Taubblindheit betroffen sind, formuliert der Blindenbund Forderungen, die parteiübergreifend bei uns allen auf großes Verständnis stoßen. Würden die Vorschläge so, wie sie im Gesetzentwurf der GRÜNEN und der SPD ihren Niederschlag gefunden haben, umgesetzt, beliefe sich der Mehrbedarf im Haushalt auf über zwölf Millionen Euro. Nun kann man sagen, wie von Ihnen dargestellt: Das ist im Lichte der Kürzungen, die einst durch die staatlichen Einsparmaßnahmen vorgenommen wurden, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass erfreulicherweise die Anzahl der Menschen, die völlig erblinden, durch die Fortschritte in der Medizin immer weiter zurückgeht, eine vertretbare Größenordnung.

Frau Kollegin Ackermann, Sie haben den Betrag lächerlich genannt. Im sozialen Bereich – das wissen Sie alle – gibt es viele wichtige und anerkennungswürdige Forderungen. Zum Beispiel haben auch gehörlose Menschen im Lebensalltag höhere Aufwendungen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aktuell ist eine Besuchergruppe anwesend, in der sich drei gehörlose Personen befinden. In der heutigen Diskussion lautete eine Frage: Warum gibt es Blindengeld, und warum bekommen die Gehörlosen keine Unterstützung? Die unterschiedlichen Bedürfnisse zwingen uns, wenn man in der Regierungsverantwortung und in der Gesamtverantwortung steht, abzuwägen. Die Regierungsfaktionen haben sich deshalb bei der Ausweitung des Blindengeldes mit Blick auf die Kosten dafür entschieden, zunächst in einem ersten Schritt – nicht nur 2013, sondern fortführend, liebe Kollegin Ackermann – ein Taubblindengeld zu ermöglichen.

Der Lebensraum für Menschen, die weder sehen noch hören können, ist für mein persönliches Empfinden unvorstellbar eingeschränkt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich als ziemlich junges Mädchen zum ersten Mal die Geschichte der engli-

schen Schriftstellerin Helen Keller gelesen habe, die im Alter von 19 Monaten durch eine Krankheit ihr Augenlicht und ihr Gehör verloren hat und deren Sprache einzig das Fingeralphabet für Gehörlose war, das sie in die Handflächen ihrer Mitmenschen buchstabiert hat. Die Lebensgeschichte dieser jungen Frau hat mich damals sehr bewegt. Für mich zählt diese Art der Behinderung zu den schlimmsten Einschränkungen, die einen Menschen treffen können. Ohne Assistenz und ohne Hilfe ist für taubblinde Menschen selbst das Leben in den eigenen vier Wänden kaum zu bewältigen. Sie haben einen großen Hilfebedarf durch Assistenzkräfte zur Unterstützung der Kommunikation und zur Bewältigung des Alltags. Dies führt bei den Betroffenen zwangsläufig zu besonders hohen finanziellen Belastungen.

Deshalb war es uns im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/2014 ein wichtiges Anliegen, die notwendigen Mittel zur Einführung eines Taubblindengeldes in doppelter Höhe des bisherigen Blindengeldes einzustellen. Das ist passiert. Dadurch haben wir die Möglichkeit, diesen Menschen mehr Teilhabe und Selbstbestimmung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu ermöglichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Ackermann zu?

Brigitte Meyer (FDP): Nein, am Ende kann eine Frage gestellt oder eine Anmerkung gemacht werden.

Die dafür notwendige Gesetzesänderung ist in Vorbereitung. Sie wird zeitnah kommen, sodass taubblinde Menschen schnellstmöglich von diesem neuen Taubblindengeld profitieren können.

Selbstverständlich sehen auch wir die besonderen Belastungen von Menschen, die hochgradig sehbehindert sind. Wir sprechen auch mit solchen Menschen und wissen sehr wohl, was es bedeutet, mit diesen Behinderungen zu leben und welchen Bedarf es gibt. Wir müssen jedoch – das habe ich vorhin schon erwähnt – alle Anliegen im Blick haben. Es ist schön, wenn man in der Opposition sitzt und immer sagt: Das wol-

len wir, das wollen wir, das wollen wir und das wollen wir. Ich würde gerne wissen, wie es in Bayern ausschauen würde, wenn Sie die Möglichkeit hätten, das umzusetzen.

(Unruhe)

Das werden wir wahrscheinlich nicht erleben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben das Anliegen der Menschen mit großen Seheinschränkungen im Blick und im Bewusstsein, auch wenn Sie uns unterstellen, dass dem nicht so ist. Wir werden nach Einführung des Taubblindengeldes im Jahre 2013 und 2014 im Zuge der Verhandlungen zum Nachtragshaushalt die Einführung des Sehbehindertengeldes prüfen. Dieses stufenförmige Vorgehen wurde bereits von Herrn Kollegen Unterländer dargestellt. Wir haben es Ihnen im Ausschuss ebenfalls schon dargestellt. Wir werden Wort halten, so wie wir das immer gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, bitte bleiben Sie am Redepult. Es liegen zwei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor, zuerst von Frau Kollegin Stamm und dann von Herrn Kollegen Werner. Bitte schön, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Kollegin Meyer, ich finde es schäbig, dass Sie eine Behindertenart gegen die andere ausspielen. Es geht darum, den Blinden oder den stark betroffenen Sehbehinderten zu helfen. Kollegin Ackermann hat ausgeführt, dass es nicht darum geht, wahnsinnig viel Geld einzusetzen, obwohl ich zwölf Millionen Euro als Haushälterin nicht wenig finde. Trotzdem ist das weniger als das, was unter Ministerpräsident Stoiber gekürzt wurde. Das ist das Erste.

Zweitens haben Sie vom Doppelhaushalt gesprochen und sich dabei selbst widersprochen. Was Sie machen: Sie geben die ganze Zeit ein Tröpfchen ins Wahljahr 2013.

Wenn man einen Doppelhaushalt hat, ist es nach der Haushaltsordnung nicht zulässig, nur für das eine Jahr etwas einzustellen und sich bezüglich des anderen Jahres auf einen Nachtragshaushalt zu verlassen. Nachtragshaushalte sind nämlich nur für unvorhergesehene Einnahmen oder Ausgaben zulässig. Diese Voraussetzung ist hier nicht gegeben.

Was sollen denn die Betroffenen machen, wenn sie überhaupt nicht planen können? Machen Sie also endlich eine zuverlässige Sozial- und Haushaltspolitik!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, Sie haben das Wort.

Brigitte Meyer (FDP): Frau Kollegin Stamm, ich finde es mindestens genauso schäbig, wenn Sie mir unterstellen, ich spielte eine Behinderungsart gegen eine andere aus.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Im Gegenteil, ich habe betont, dass wir die Verantwortung in Bezug auf alle Behinderungsarten in gleichem Maße tragen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zum anderen denke ich nicht, dass ich mir, die ich als Bürgermeisterin zwölf Jahre lang für einen Haushalt verantwortlich war, von Ihnen sagen lassen muss, wie man einen Haushalt tatsächlich aufstellt.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Thomas Hacker (FDP): Vielleicht können Sie mal zuhören, Frau Stamm! So groß kann das Interesse ja nicht sein, wenn man eine solche Zwischenbemerkung macht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Werner das Wort.

Hans Joachim Werner (SPD): Frau Kollegin Meyer, Sie sind mit Recht sehr bekannt als Liberale, die Sozialpolitik überzeugend vertritt. Umso mehr enttäuscht mich, was Sie heute hier gesagt haben. Ich kann es, ehrlich gesagt, langsam auch nicht mehr hören. Man ist im Landtag bereit, ohne mit der Wimper zu zucken, zehn Milliarden Euro Kredit einem Bankinstitut für Misswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Haben Sie bedacht, wie lange man die zwölf Millionen Euro Jahr für Jahr aufbringen könnte, wenn man die zehn Milliarden Euro nicht zur Verfügung gestellt hätte?

Auf einmal heißt es, wenn man die Nachteile der mit wirklich schwierigen Behinderungen lebenden Menschen ausgleichen will, ganz lapidar: Es ist kein Geld da, und wir müssen auch an andere Behindertengruppen denken. Aber wir müssen alle Nachteile, die Menschen mit Behinderung haben, ausgleichen. Da darf nicht zuallererst die Frage gestellt werden, ob wir das Geld dafür haben oder nicht. Wir haben das Geld nämlich wirklich. Der Freistaat Bayern hat Milliarden Steuermehreinnahmen. Aber Sie machen hier herum bei Menschen, die dringend Hilfe brauchen, weil sie mit aller schwersten Behinderungen leben müssen.

Frau Meyer, Sie sollten sich nicht als Feigenblatt dieser Koalition hergeben, die für diese Menschen offensichtlich nichts übrig hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten Ihre Überzeugungen standhaft vertreten und hier im Bayerischen Landtag entsprechend abstimmen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, Sie haben das Wort.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Werner, als Feigenblatt sehe ich mich wirklich nicht. Diese Koalition hat überwiegend Mitglieder, die ein sehr ausgeprägtes soziales Gewissen haben. Es ist mindestens so ausgeprägt wie in den Reihen der Opposition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben vielleicht ein etwas anderes Verständnis von der Umsetzung sozialer Politik. Aber in der Sache haben wir zumindest das gleiche Verständnis.

Sie haben gesagt: Wir haben das Geld. Dabei haben Sie schon wieder die Landesbank angeführt. Ich könnte Ihnen jetzt ein ganzes Bündel von Maßnahmen nennen, bei denen man sagen könnte: Wir haben das Geld. Beispielsweise kann man sagen: Wir fordern die Abschaffung der Studienbeiträge und kompensieren die finanziellen Auswirkungen über den normalen Haushalt. Wir können auch sagen: Wir machen mit der Finanzierung der Kindergärten so weiter wie bisher; denn das Geld ist immer vorhanden. Für alles könnten wir das Geld haben.

Aber wenn das so stimmt, dann bitte ich Sie, mir den Goldesel zu zeigen, der die erforderlichen Dukaten produziert, und sagen Sie mir, ob dieser Goldesel das ewige Leben hat. Dann werde ich einigen Ihrer Vorschläge zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU – Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/12525 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt auf Drucksache 16/14777 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von CSU und FDP. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.